

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Bewegung im sicherheitspolitischen Dreieck China - Rußland - Japan

Ende April hatte der russische Präsident Jelzin China besucht und dabei zahlreiche Verträge und Protokolle über eine verstärkte "Strategische Partnerschaft" unterzeichnet, die u.a. auch eine enge militärische Zusammenarbeit der beiden Nachbarn vorsieht. (Gemeinsames Kommuniqué vom 25. April, XNA, 25.4.96 und C.a. April 1996, S. 355 f.)

Auch wenn in dem Kommuniqué ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß sich eine solche Kooperation "nicht gegen Dritte wendet", sind die Nachbarn Chinas offensichtlich doch - wieder einmal - beunruhigt, nicht zuletzt Japan.

Mittlerweile hat Tokyo reagiert und sich sicherheitspolitisch weiter abzuschern versucht: Mitte April brachte der Besuch des amerikanischen Präsidenten Clinton in Japan eine erneute Bekräftigung jener bis auf das Jahr 1960 zurückgehenden japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft, die durch neuere Abmahnungen aus China und Südkorea, nicht zuletzt aber auch durch die unerfreulichen Zwischenfälle von Okinawa brüchig geworden zu sein schien.

Sicherheitspolitisch mindestens genauso bedeutsam freilich wie die Zusicherungen Clintons war die Reise des japanischen Verteidigungsministers Usui nach Rußland Ende April 1996. Nicht ganz zu Unrecht wurde dieser Schritt als "historisch" bezeichnet, nachdem es zwischen Tokyo und Moskau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast nur Spannungen gegeben und vor allem die frühere Sowjetunion aus der Sicht Tokyos zum "Reich des Bösen" gehört hatte. Juristisch gesehen besteht der Kriegszustand von 1945 übrigens zwischen beiden Seiten weiter, da es wegen der ungelösten Territorialfrage (hinsichtlich der vier Nord-Kurilen-Inseln,

die Rußland nach wie vor besetzt hält), bis heute nicht zum Abschluß eines Friedensvertrags gekommen ist.

Der Besuch des japanischen Verteidigungsministers in Moskau hat nun zu einem veritablen - und für die meisten Beobachter ganz unerwarteten Tauwetter geführt. Usui und sein (inzwischen zurückgetretener) russischer Amtskollege Gratschow kamen überein, daß Tokyo und Moskau einander künftig über Manöver, Truppenstärken und verteidigungspolitische Entwicklungen informieren, ihre Häfen für Flottenbesuche öffnen und den Austausch von militärischem Personal fördern sollten.

Was waren die Gründe für Tokyos so erstaunliche Wende?

Beide Seiten standen zunächst einmal vor Wahlen und mußten deshalb auch im Bereich der Außenpolitik Ergebnisse vorweisen.

Für Tokyo mag ferner die Einsicht mitgespielt haben, daß eine Fortsetzung der harten Haltung gegenüber Rußland zahlreiche Schwierigkeiten mit sich bringe, sei es nun gegenüber dem Versuch Japans, Mitglied im Ständigen Ausschuß des Sicherheitsrates der UNO zu werden oder sei es bei den G-7-Treffen, zu denen neuerdings auch Rußland eingeladen wird. Vor allem aber dürfte es die Sorge Japans über eine allzu enge Kooperation zwischen Moskau und Beijing gewesen sein, die Tokyo über seinen eigenen Schatten springen ließ.

Unter anderem wies Usui in Moskau auf die japanischen Sorgen hinsichtlich der chinesischen Aufrüstung, auf die militärischen Drohgebärden der VRCh gegenüber Taiwan und auch auf mögliche Probleme hin, die sich aus weiteren russischen Verkäufen von U-Booten und Flugzeugen an die VR China ergeben könnten.

Gratschow erwiderte in diesem Zusammenhang mehrere Male, daß es Ziel der russischen Politik sein, die engen Beziehungen zu China zu vertiefen, und daß diese Politik sich nicht gegen Dritte richte.

Interessant für Moskau mögen auch japanische Andeutungen geklungen haben, möglicherweise ebenfalls Rüstungsmaterial aus Rußland beziehen zu wollen, nicht zuletzt Jagdbomber vom Typ SU-27, die, wie man in Japan weiß, der amerikanischen F-15 überlegen sind. -we-

* (2)

"Einmischung" des deutschen Bundestags in innerchinesische Angelegenheiten

Bei Pressekonferenzen vom 4.6 sowie vom 18. und 20.6.1996 wies ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums darauf hin, daß es sich bei der Tibetresolution des deutschen Bundestags vom 20. Juni um einen "chinafeindlichen Akt" gehandelt habe, der das "Internationale Recht verletze" und als "grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten" zu verurteilen sei. China habe bei der deutschen Seite Protest erhoben und seine Empörung zum Ausdruck gebracht. China sei der Ansicht, daß angesichts der Vorfälle der für den 11. bis 14. Juli geplante Besuch des deutschen Außenministers nicht stattfinden und daß der Besuchstermin "verschoben" werden solle. Zwar hätten sich die Beziehungen zwischen China und Deutschland in den letzten Jahren gut entwickelt, doch seien offensichtlich "einige wenige Deutsche gegen eine solche Entwicklung" eingestellt. (BRu, 1996, Nr. 26, S. 13 und Nr. 28, S. 12). Näheres zu dieser Frage im Thementeil des vorliegenden Hefts) -we-

* (3)

Erneute Abrechnung mit amerikanischen Menschenrechtsvorstellungen

Am 20. Mai 1996 veröffentlichte USIA (US Information Agency) einen Hintergrundbericht mit dem Titel "Menschenrechtspolitik der USA", in dem streckenweise Selbstkritik zur amerikanischen Menschenrechtspraxis geübt und u.a. darauf hingewiesen wurde, daß auch die USA nach einer 200jährigen Demokratiegeschichte noch immer nicht ganz in der Lage seien, die Menschenrechte in ihrem Land für jedermann zu verbürgen.

Ein solches Eingeständnis wäre, meint die chinesische Kommentierung dazu (BRu, 1996, Nr. 26, S. 11 f.), durchaus erfreulich, hätten die USA nicht erst vor kurzem - und zwar anlässlich

der 52. Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission im Februar und März 1996 in Genf - erneut Dutzende von Staaten als Menschenrechtsverletzer angeklagt. Von Jahr zu Jahr reagiere die Außenwelt auf diese scheinheiligen US-Menschenrechtsberichte immer allergischer, zumal auch schon ein erster Blick auf amerikanische Probleme wie Gewalttätigkeiten, Gefängnisunwesen oder Hinrichtungspraxis zeigten, daß auch dort nicht alles zum besten stehe. Vor allem den Schwarzen, den Indianern und den Frauen würden immer wieder Rechte verweigert. Trotzdem benehme sich die amerikanische Regierung, als hätte sie "die Weisheit mit Löffeln gegessen" und veranstalte gegen andere "Hexenjagden", wobei sie auch vor "fundamentalistischen" Positionen nicht zurückschrecke. -we-

*(4)

China - USA: "Handelskrieg" abgewendet?

Nach wie vor sind die Beziehungen zwischen Washington und Beijing gespannt: da ist erstens einmal die Taiwan-Frage, die im März 1996 zu erheblichen Spannungen geführt hat. Zweitens kommt es in der Menschenrechtsfrage immer wieder zu beiderseitigen Beschuldigungen. Drittens aber sind Wirtschaftskonflikte neuerdings immer stärker in den Vordergrund getreten, wobei zwei Fragen die US-Beschwerdeliste anführen, nämlich die Produktpiraterie durch chinesische Unternehmen, die der amerikanischen Seite allein 1995 einen Schaden von 2,3 Mrd. US\$ verursacht habe und darüber hinaus das handelspolitische Ungleichgewicht, das nach amerikanischen Angaben zuungunsten der USA 1993 mit - 22,77 Mrd. US\$, 1994 mit - 29,49 und 1995 sogar mit - 33,81 Mrd. US\$ ausgefallen sei.

Nach heftigen Drohungen haben die USA dann aber schließlich doch eingelenkt. Am 22.5.1996 erklärte Präsident Clinton, die Meistbegünstigungsklausel zugunsten der USA erneut ohne Bedingungen zu verlängern.

Nach seinem Amtsantritt hatte Clinton im Mai 1993 eine Erneuerung der Klausel noch von Konzessionen in der Menschenrechtsfrage abhängig machen wollen. 1994 hatte er erstmals die Verlängerung der Meistbegünstigung von den Menschenrechten abgekoppelt und diese Politik 1996 fortgesetzt, wobei er diesmal darauf hinwies, daß bei einer

Nichtverlängerung mehrere hunderttausend amerikanische Arbeitsplätze verloren gingen.

Clintons Ankündigungen wurden erwartungsgemäß im Kongreß kritisiert, in China dagegen begrüßt.

China hat mehrere Male darauf hingewiesen, daß in der VRCh neuerdings entschiedene Maßnahmen gegen Produktpiraterie ergriffen würden. Auswirkungen bräuchten allerdings noch etwas Zeit: auch Rom wurde ja nicht an einem Tag erbaut!

Was die Berechnung des amerikanischen Handelsbilanz-Defizits anbelangt, so wird sie von China als schlichtweg falsch bezeichnet: erstens einmal stammten 70% des Handelsüberschusses der VRCh mit den USA aus Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Gewinner sei hier nicht die VR China, sondern Unternehmen aus Hongkong, Taiwan und anderen Investitionsländern, die indirekt von dem Handelsüberschuß "Chinas" mit den USA profitierten. Vor allem Profite der "Vier Kleinen Drachen" gegenüber den USA würden am Ende nicht diesen Vier, sondern der VR China zugerechnet. Die Nutznießer säßen also ganz woanders als in China! (Als ob Joint Venture-Produktion in China nichts mit der VRCh-Wirtschaft zu tun hätte!)

Zweitens werde der chinesisch-amerikanische Handel zum größten Teil nicht direkt abgewickelt, sondern zum größten Teil indirekt über Drittstationen, sei es nun über Hongkong oder über Singapur. Sogar die amerikanischen Statistiken gingen davon aus, daß nur 20% der chinesischen Güter direkt in die USA gelangten, 80% aber über einen Drittpunkt verschifft würden. Nach chinesischen Erfahrungen verteuerten sich Produkte aus China durch diese Umwegverschiffung um rund 40%. Wenn eine Ware China im Werte von 1 US\$ verläßt, kommt sie in den USA also häufig für 1,40 US\$ an. Bei einigen Waren, wie bei Spielzeugen und Textilien, erhöhten sich die Preise im Transithandel sogar um bis zu 100%!

Was schließlich die amerikanischen Exporte nach China anbelangt, so seien sie bisher nicht zuletzt deshalb so niedrig geblieben, weil die USA mit ihren Verböten die Ausfuhr von Hochtechnologie nach China z.T. blockierten.

Alles in allem gebe es keine krassen Handelsüberschüsse Chinas gegenüber den USA. Nach chinesischen Berech-

nungen liege das Defizit Amerikas wesentlich niedriger als sie in amerikanischen Berechnungen auftauchten, nämlich 1993 bei - 6,27 Mrd. US\$ zuungunsten der USA, 1994 bei - 7,49 und 1995 bei - 8,59 Mrd. US\$. (BRu, 1996, Nr. 24, S. 13-17)

Im Hinblick auf die Zukunft möge man übrigens in den USA nicht übersehen, daß es zwischen beiden Seiten ein gewaltiges Handelspotential gebe: der Handelsaustausch sei von 2,5 Mrd. US\$ i.J. 1979 auf 40,8 Mrd. US\$ i.J. 1995 gewachsen. Im Augenblick betrage der Anteil des bilateralen Handels am gesamten Import- und Exportvolumen Chinas 14,5%, der am Außenhandelsvolumen der USA aber 4,3%. Die USA seien damit Chinas drittgrößter Handelspartner. Auch die USA hätten entdecken müssen, daß China für Amerika von wachsender Bedeutung sei. -we-

*(5)

Weitere Atomtests in China?

Ende Juni traten die 38 Mitgliedsstaaten der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf mit dem Ziel zusammen, sich auf ein weltumfassendes Verbot von Atomtests zu einigen. Ein Atomteststopp steht zwar schon seit den 50er Jahren auf der internationalen Agenda, doch wurden wirklich ernsthafte Verhandlungen darüber erst seit 1994 in Genf geführt. In den vorausgegangenen 5 Jahrzehnten waren weltweit über 2.000 Atomsprengsätze zu Testzwecken gezündet worden. Zuletzt hatte Frankreich noch bis Januar 1996 eine letzte Serie von Atomtests unter zwei Pazifik-Atollen vorgenommen - und damit internationalen Proteststurm geerntet.

Inzwischen scheinen die Atomteststopp-Bemühungen tatsächlich in ihre letzte Runde zu treten. Bereits im Herbst 1996, also anläßlich der 51. Generalversammlung der UNO, soll ein ausformulierter Teststoppvertrag vorgelegt werden.

Als einziges Hindernis auf dem Weg zu einer weltumfassenden Einstellung der Atomtests gilt heute nur noch die VR China (und möglicherweise auch Indien), nachdem die anderen vier Atom-mächte USA, Rußland, Frankreich und Großbritannien ihren Verzicht erklärt haben. China möchte, wie Außenamtssprecher Cui Tiankai am 15. Mai in Beijing erklärte (Zhongguo Xinwenshe, SWB, 18.5.96), auch weiterhin sog. "friedliche Kernexplosionen" (*heping hebaozha*) durchführen. Dagegen prote-

stierten nicht nur mehrere Staaten, u.a. Deutschland, sondern vor allem Greenpeace, das damit drohte, sein gleichnamiges Flaggschiff aus Protest nach Shanghai zu entsenden. Die Umweltschutzorganisation, die ja vor 25 Jahren aus der Protestbewegung gegen Atomversuche hervorging, wolle mit dieser Aktion den Blick der Weltöffentlichkeit auf die VRCh richten und die Führung des Landes dazu zwingen, sich die Pläne mit den "friedlichen Nuklearexplosionen" noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

Doch es nutzte nichts: Anfang Juni 1996 führte China seinen bereits angekündigten Test in Lop Nor/Xinjiang durch, wobei der Vorgang allerdings von der Zusicherung begleitet wurde, daß China grundsätzlich bereit sei, sich einem internationalen Verbotsabkommen anzuschließen. -we-

Innenpolitik

*(6)
Chinas ethnische Frage und die "Verschwörungen feindlicher westlicher Kräfte"

Der Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei in der Inneren Mongolei, Parteisekretär Liu Mingzu, hat in einem Aufsatz davor gewarnt, daß "feindliche westliche Kräfte" die ethnische Frage in China zu "Infiltration, Sabotage und subversiven Aktivitäten" nutzten. Diese Kräfte versuchten, ethnischen Separatismus und "Verwestlichung" zu schüren, um China zu schwächen. Diesen "Verschwörungen" müsse mit aller Entschlossenheit entgegengetreten werden.

Zugleich seien die Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb Chinas und die wirtschaftliche Entwicklung in Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten stetig zu verbessern, um separatistischen Aktivitäten den "Markt" zu entziehen: "Alle Personen, die sich mit feindlichen westlichen Kräften zusammentun, um ethnischen Separatismus zu betreiben und die Wiedervereinigung des Vaterlandes [dies zielt auf die Taiwan-Frage] zu sabotieren", seien "kompromißlos zu bekämpfen". Allerdings müsse klar zwischen diesen "feindlichen Kräften" und denjenigen unterschieden werden, die sich um eine konstruktive Lösung

realer Probleme bemühen wollten, ohne die Einheit Chinas in Frage zu stellen. (*Neimenggu Ribao*, 3.6.96, nach SWB, 15.6.96)

Liu konkretisiert in seinem Artikel nicht, welche westlichen Kräfte hinter separatistischen Strömungen in Chinas Minderheitengebieten stünden. Offensichtlich begreifen jedoch viele Spitzenfunktionäre die westliche Kritik an der chinesischen Minderheitenpolitik - etwa im amerikanischen Kongreß und jüngst im deutschen Bundestag - als Teil einer antichinesischen "Verschwörung", die auf die "Spaltung" Chinas ziele. Seit Anfang des Jahres haben mehrere Vertreter der chinesischen Parteispitze dieses Thema aufgegriffen und zu harten Maßnahmen gegen aus ihrer Sicht vom Westen manipulierte separatistische Strömungen aufgerufen (siehe etwa Jiang Zemins scharfe Rede, C.a. 1996/1, S.8-9).

Die drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen der letzten Monate in Tibet und Xinjiang werden von Beijings Ängsten vor einer internationalen antichinesischen Verschwörung mit angetrieben. Die westlichen Bemühungen um eine Verbesserung der Situation ethnischer Minderheiten in der VR China scheinen vor diesem Hintergrund gegenwärtig eher zu einer Verschärfung der politischen Repression, nicht aber zu einer Lockerung der chinesischen Minderheitenpolitik beizutragen. -hei-

*(7)
"China kann nein sagen": Antiamerikanische Thesen sind populär

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung des Bestsellers *Das Japan, das nein sagen kann* von Shintaro Ishihara und Akio Morita ist nun Ende Mai das chinesische Pendant erschienen: *China kann nein sagen*. Das 435 Seiten starke Buch wurde von fünf jungen Journalisten, Dozenten und Publizisten verfaßt, die sich äußerst kritisch mit den amerikanisch-chinesischen Beziehungen befassen: China dürfe sich nicht dem amerikanischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen "Imperialismus" beugen. Die Taiwan-Frage sei eine innerchinesische Angelegenheit, die die USA nichts angehe; eine militärische Lösung der Taiwan-Frage müsse weiter in Betracht gezogen werden. Ein Bündnis mit Rußland könne dazu dienen, dem amerikanischen Druck zu begegnen. Indem China nein zu westlichem Druck sage, strebe es keine Konfrontation an, sondern einen gleichberechtigten Dialog. (AWSJ, 25.6.96; XNA, 26.6.96)

"Die USA wollen Chinas Traum vom Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht zunichte machen", sagte Song Qiang, einer der Autoren der Publikation. Das Buch sei eine "Warnung" an die USA, ihre chinafeindlichen Aktivitäten einzustellen, und eine Aufforderung an die chinesische Regierung, eine Außenpolitik der Stärke zu betreiben.

Die USA hätten, so wird in dem Buch argumentiert, einen internationalen "antichinesischen Klub" unter Einschluß Japans und Vietnams gegründet, der Chinas Ansprüche auf Taiwan und die Spratly-Inseln bekämpfe. Die CIA betreibe im Zusammenspiel mit anderen amerikanischen Organisationen eine Kampagne zur Destabilisierung der chinesischen Gesellschaft. Die "kulturelle Invasion" Chinas werde von Hollywood aus mit Filmen betrieben, die Gewalt und Individualismus verherrlichten. Diesen Tendenzen müsse entgegengetreten werden.

Das Buch, das eine verbreitete amerikakritische Stimmung in der Bevölkerung aufgreift, verkauft sich sehr gut. Die erste Auflage von 50.000 Exemplaren war binnen kurzer Zeit vergriffen. Jüngste Umfragen verdeutlichen, daß die Amerika-Bewunderung und - Sehnsucht der achtziger Jahre in den neunziger Jahren einem populären antiamerikanischen Ressentiment gewichen ist. (*Guangjiaojing*, Hongkong, 1996/6, S.92-93) Die jahrelangen Reibungen zwischen Beijing und Washington in Fragen der Menschenrechte sowie der Handels- und Sicherheitspolitik haben zu diesem Stimmungswandel genauso beigetragen wie die massive Patriotismus-Kampagne der letzten Jahre. Die harte Haltung Beijings gegenüber westlichem Druck wird derzeit von einer breiten nationalistischen Strömung in der Bevölkerung getragen. -hei-

*(8)
Personaldiskussionen im Vorgriff auf den XV. Parteitag 1997

Nach detaillierten Informationen der Beijing nahestehenden Zeitschrift *Spiegel* (*Jingbao*, Hongkong, 1.6.96, S.28-31) werden in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei Chinas bereits personelle Umstellungen und institutionelle Neuerungen diskutiert, die im kommenden Jahr aus Anlaß des XV. Parteitags und wegen des Anfang 1998 fälligen Rücktritts von Ministerpräsident Li Peng verwirklicht werden sollen (laut Art.87 der Verfassung der VR